■ Kürzungsquoten nach dem neuen VVG, bezogen auf den Bereich der Kraftfahrzeuge

A. Einleitung

Mit Wirkung ab dem 01.01.2008 ist das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) reformiert worden. Ein wichtiger Teil der Reform bestand darin, die völlige Leistungsfreiheit des Versicherers bei grob fahrlässigem Verhalten des Versicherungsnehmers wie sie nach dem alten VVG gegeben war, zu modifizieren. In der Vergangenheit hatte sich gezeigt, dass die dortigen Ergebnisse mitunter unbillig waren. Dieses „Alles-oder-Nichts-Prinzip“ galt es aufzuheben und durch eine Regelung zu ersetzen, die es ermöglicht, im Falle der groben Fahrlässigkeit Kürzungen hinsichtlich der Leistung durch den Versicherer vorzunehmen, die an der Schwere des Verschuldens des Versicherungsnehmers bei seinen Handlungen orientiert sein sollte.

Zur Vereinheitlichung wurde darüber hinaus geregelt, dass sämtliche, nach dem 01.01.2008 abgeschlossenen Versicherungsverträge dem neuen VVG und alle vor dem 01.01.2008 bestehenden Versicherungsverträge spätestens ab dem 01.01.2009 ebenfalls den neuen Regelungen des VVG unterliegen und diese dann einheitlich für sämtliche Versicherungsverträge gelten. Insofern erscheint es nun an der Zeit, ein erstes Fazit zu ziehen, welche Auswirkungen die gesetzlichen Änderungen im Bereich der täglichen Schadensregulierung der Versicherer haben, und wie die Rechtsprechung damit in der bisher verstrichenen Zeit umgegangen ist.

Von Bedeutung ist dies für die Autovermieter, da sich die Rechtsprechung bei der Haftungsfreistellung gegen Entgelt an der Vollkaskoversicherung orientiert. Wenn also der Mieter gegen Zahlung eines Zuschlags oder auch inklusiv von der Haftung freigestellt wird, kann der Vermieter in Fällen der groben Fahrlässigkeit im gleichen Verhältnis bei dem Mieter (nur) Regress nehmen, wie der Vollkaskoversicherer im Rahmen der eventuellen quotalen Kürzung von der Leistung frei werden würde.

Dieser Beitrag dient dem Vermieter dazu, sich im Vorfeld - bei allen in der Rechtsprechung noch gegebenen Unsicherheiten - realistischen Quoten annähern zu können.

B. Allgemeine Überlegungen

Bevor im Weiteren der Versuch einer Übersicht unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung und der Vorschläge in der Literatur eingegangen werden soll, erscheint es sinnvoll, auf einige allgemeine Dinge hinzuweisen.

1. Tatsächlicher Anwendungsbereich

Der hiesige Beitrag soll sich ausschließlich mit dem Bereich der Kraftfahrzeug- und der Vollkaskoversicherung beschäftigen. Andere Versicherungssparten werden hier nicht erwähnt. Ferner ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass Versicherungsfälle, die mit einfacher Fahrlässigkeit oder vorsätzlich begangen worden sind, hier ebenfalls keine unmittelbare Berücksichtigung finden, weil sie von der Gesetzesänderung in Bezug auf die grobe Fahrlässigkeit nicht erfasst sind. Lediglich die Frage, ab wann aus einfacher Fahrlässigkeit möglicherweise grobe Fahrlässigkeit wird, wird eine Rolle spielen. Dieses wäre etwa der Fall bei zunehmender Alkoholisierung eines Kraftfahrers.

2. Sachlicher Anwendungsbereich

Neben der tatsächlichen (grob fahrlässigen) Herbeiführung des Versi-

cherungsfalles (§ 81 VVG), gibt es auch vertragliche Obliegenheiten, die der Versicherungsnehmer gegenüber der Versicherung zu erfüllen hat bzw. grob fahrlässig verletzen kann (§ 28 II VVG). Von untergeordneter Bedeutung, aber der Vollständigkeit halber ist auch noch auf die Gefährderrhöhung (§ 23 VVG) und eine sich daraus ergebende Leistungsfreiheit (§ 26 VVG) einzugehen. Insofern ist zwischen diesen zu unterscheiden. Dabei sei im Folgenden nicht auf die Fragen rund um den Rettungsfall oder die Wahrung von Ersatzansprüchen des Versicherers eingegangen.

a. **Obliegenheitsverletzung vor dem Versicherungsfall**
In § 5 KfzPflVV ist definiert, was als Obliegenheitsverletzung vor Eintritt des Versicherungsfalles vereinbart werden kann und im Rahmen der AKB festgelegt und auf den Versicherungsnehmer übertragen werden kann.

Dazu gehören:

die **Verwendungsklausel**, wonach das Fahrzeug nur zu dem im Versicherungsvertrag angegebenen Zweck verwendet werden darf;

die **Renntklausel**, wonach das Fahrzeug nicht zu Fahrveranstaltungen (und den dazugehörigen Übungsfahrten) verwendet werden darf, bei denen es auf die Erzielung von Höchstgeschwindigkeiten ankommt und die behördlich nicht genehmigt sind;

die **Schwarzfahrerklausele**, wonach das Fahrzeug nur von einem berechtigten Fahrer gebraucht werden darf, wobei ein Fahrer dann als „berechtigt“ gilt, wenn er mit Wissen und Willen des Verfügungsberechtigten handelt, bzw. der Halter oder Eigentümer des Fahrzeugs es nicht wissentlich ermöglicht, dass das Fahrzeug von einem unberechtigten Fahrer gebraucht wird.

die **Führerscheinklausel**, wonach das Fahrzeug nicht auf öffentlichen Plätzen oder Wegen von einem Fahrer gefahren werden darf, der nicht über die erforderliche Fahrerlaubnis verfügt, bzw. der Halter oder Eigentümer des Fahrzeugs es nicht wissentlich ermöglicht, dass das Fahrzeug ohne den erforderlichen Führerschein gebraucht wird.

die **Alkoholklausel**, wonach festgelegt wird, dass das Fahrzeug nicht gefahren werden darf, wenn der Fahrer durch alkoholische Getränke oder andere berauschende Mittel nicht in der Lage ist, das Fahrzeug sicher zu führen, bzw. der Halter oder Eigentümer des Fahrzeugs es nicht wissentlich ermöglichen darf, dass jemand in diesem Zustand das Fahrzeug gebraucht.

All diese Regelungen finden sich im Abschnitt D der aktuellen AKB der jeweiligen Versicherung.

b. **Obliegenheitsverletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles**

Die Obliegenheiten, die ein Versicherungsnehmer nach Eintritt des Versicherungsfalles zu erbringen hat, sind hingegen in Abschnitt E der AKB geregelt. Dazu gehören insbesondere die

Anzeigepflicht des Schadenfalls gegenüber der Versicherung;

Aufklärungspflicht, wonach der Versicherungsnehmer verpflichtet ist, alles zu tun, was zur Aufklärung des Schadensereignisses dienlich sein kann;

die **Beantwortung der Fragen** des Versicherers, wie es zu dem Schaden hat kommen können. Diese sind wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten;

die **Schadensminderungspflicht**, wonach der Versicherungsnehmer dafür zu sorgen hat, den Schaden so gering wie möglich zu halten; Insbesondere für die Kfz-Haftpflichtversicherung ist geregelt, dass der Versicherungsnehmer **binnen einer Woche** der Versicherung

mitzuteilen hat, falls Ansprüche gegen ihn geltend gemacht werden. Sollten die Ansprüche gerichtlich gegen ihn geltend gemacht werden, ist die Anzeige „unverzüglich“ vorzunehmen. Dazu gehört im Weiteren auch, dass die Führung des Rechtsstreits ausschließlich der Versicherung überlassen ist und der Versicherungsnehmer dem von der Versicherung eingeschalteten Rechtsanwalt Vollmacht zu erteilen und auch alle erforderlichen Auskünfte und möglicherweise angeforderte Unterlagen zu erteilen und zu übergeben hat. Schließlich gehört es auch zu diesen Pflichten, dass im Falle eines drohenden Fristablaufes, etwa bei einem Mahnbescheid oder einer Klage oder sonst einem Bescheid einer Behörde, durch den Versicherungsnehmer zunächst fristgerecht das passende Rechtsmittel eigenständig eingeleitet werden muss.

c. Gefahrerhöhung

Im Rahmen der Gefahrerhöhung gibt es einige Umstände, die von Bedeutung im Bereich der Kraftfahrzeuge sein können, etwa mangelhafte Bremsen oder das Belassen von Fahrzeugpapieren im Fahrzeug. Maßgebend ist, dass nach Abschluss des Versicherungsvertrages eine Veränderung (des Risikos) eingetreten ist, die der Versicherungsnehmer nicht mitgeteilt hat. Dies setzt natürlich voraus, dass er die Veränderung überhaupt bemerkt hat oder bemerken musste.

d. Kaskoversicherung

In der Kaskoversicherung gibt es ebenfalls bestimmte Obliegenheiten, die der Versicherungsnehmer nach dem Versicherungsfall zu erfüllen hat.

Im Falle der Entwendung des Fahrzeugs oder mitversicherter Teile hat er dieses **unverzüglich in Schriftform** gegenüber der Versicherung anzuzeigen, wobei die Anzeige von ihm **persönlich unterschrieben** sein muss. Im Falle der Verwertung oder Reparatur des Fahrzeugs muss der Versicherungsnehmer vorher die **Weisung der Kaskoversicherung** einholen und diese befolgen, soweit ihm dieses zumutbar ist.

Bei einem Entwendungs-, Brand- oder Wildschaden, der einen im Versicherungsvertrag bestimmten Betrag überschreitet, ist der Versicherungsnehmer verpflichtet, das Schadensereignis der **Polizei unverzüglich anzuzeigen**.

Hervorzuheben ist hier auch, dass, wenn ein Schaden nicht vom Versicherungsnehmer, sondern einem Dritten verursacht wurde, dessen grob fahrlässige Begehungsweise dem Versicherungsnehmer nicht zugerechnet wird, so dass die volle Leistung an den Versicherungsnehmer zu erbringen ist. Der Versicherer kann dann bei dem tatsächlichen Fahrer/Schadensverursacher, soweit es sich nicht um einen Repräsentanten des Versicherungsnehmers handelt, Regress nehmen. Im Bereich der Autovermietung oder bei Fahrzeugflotten von Firmen, bei denen eine einheitliche Versicherung auf den Firmeninhaber besteht, kann dies von erheblicher Bedeutung sein. Umgekehrt ist es für Vermieter, die ihr Risiko selber tragen, von erheblicher Bedeutung, sich mit der Problematik der Kürzungsquoten zu beschäftigen.

e. Kraftfahrzeugversicherung

Von besonderer Bedeutung ist, dass im Falle der Kraftfahrzeughaftpflichtschäden der Versicherer im Außenverhältnis zu dem Geschädigten den entstandenen Schaden in vollem Umfang zu erstatten hat, sich anschließend aber an den Versicherungsnehmer oder Fahrer wenden kann, um ihn im Innenverhältnis in Regress zu nehmen. Dabei gelten gemäß der §§ 5, 6 Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung (KfzPflichtVV) Höchstgrenzen.

Bei einer Obliegenheitsverletzung vor Eintritt des Versicherungsfalles

liegt diese bei 5.000,00 €, es sei denn, der Fahrer hat das Fahrzeug durch eine strafbare Handlung erlangt. Dann gilt diese Grenze nicht.

Bei einer Obliegenheitsverletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles liegt die Grenze bei 2.500,00 €, wobei in Ausnahmen auch 5.000,00 € zulässig sind, wenn die Aufklärungs- oder Schadensminderungspflicht besonders schwerwiegend vorsätzlich verletzt wurde.

Insofern ergibt sich im Kraftfahrzeughaftpflichtversicherungsbe- reich eine deutliche Privilegierung der Fahrer/Schadensverursacher im Vergleich zu anderen Versicherungssparten, etwa im Bereich der Sachversicherung, z.B. Gebäudeversicherung, denn dort gibt es solche Obergrenzen nicht.

Anzumerken ist dabei, dass in Bezug auf die Regresshöchstgrenzen nach wohl einhelliger Meinung¹ gilt, dass sich eine Quotenbildung innerhalb dieser Regresshöchstgrenzen grundsätzlich deshalb verbietet, weil der Versicherungsnehmer aufgrund der Festlegung dieser Höchstgrenzen bereits ausreichend geschützt ist. Allerdings ist zu überprüfen, ob im Rahmen einer Quotenbildung die Regresshöchstgrenze überhaupt erreicht wird. Liegt der Rückforderungsbetrag nach der Quotenbildung unter der Regresshöchstgrenze, ist diese nicht zu beachten. Liegt er darüber, käme eine weitere Kürzung auf die Regresshöchstgrenze zum Tragen.

C. Rechtliche Überlegungen

Wie überall im Recht sind die hier anzustellenden Überlegungen geprägt von einem subjektiven und einem objektiven Teil. Es bedarf keines Hinweises, dass ohne einen Schaden sich die Frage einer Regressmöglichkeit nicht stellt. Insofern wird es also immer ein äußeres, objektives Ereignis geben, welches für die Frage der Schwere des Verschuldens im Rahmen der groben Fahrlässigkeit zu beurteilen sein wird. Wie sich aus der obigen Übersicht der Obliegenheitsverletzungen zwanglos ergibt, sind diese zunächst einmal orientiert an den besonders verwerflichen und daher strafbaren Handlungen, wie etwa der Verwirklichung des Tatbestandes des § 315c oder § 316 StGB oder dem Führerscheinerfordernis gemäß § 21 StVG und dann weiter abgestuft im Bereich des Bußgeld- und Ordnungswidrigkeitenrechts. Im Goslarer Orientierungsrahmen wird dieses als so genannte „Normative Vorprägung“² bezeichnet. Schon anhand dieser Einordnung der Tat des Versicherungsnehmers/Fahrers lässt sich eine deutliche Abstufung vornehmen, die in entsprechendem Maße die Schwere des Verschuldens indiziert.

Ein weiteres Kriterium stellt die Gefährlichkeit des Fehlverhaltens im Hinblick auf einen möglichen Schadenseintritt dar. Je nahe liegender der Eintritt eines Schadens, desto gefährlicher ist eine Handlung, erst recht wenn sich bei verständiger Würdigung der Umstände auch noch ergibt, dass nicht nur ein geringer, sondern ein (außerordentlich) großer Schaden entstehen kann. Hierher gehört auch die Überlegung, ob ein unbefangener Dritter die Handlung als leichtfertig betrachten würde. Schließlich ist auch die zeitliche Dauer eines Verstoßes zu berücksichtigen.

Dazu kommen die subjektiven Kriterien auf Seiten des Versicherungsnehmers/Fahrers. Denn Taten, die mehr in Richtung der Vorsatznähe anzusiedeln sind, indizieren ein erheblich schwereres Verschulden, als solche, die auf der Grenze der leichten Fahrlässigkeit liegen. Hinzu kommen möglicherweise auch noch entlastende subjektive Kriterien, wie das Augenblicksversagen oder etwa eine besondere Notlage.

Selbstverständlich ist in all diesen Fällen immer auf den Einzelfall und seine besonderen Umstände abzustellen. Insofern dürfte es immer zweck-

¹) Nugel, Kürzungsquoten nach dem VVG, § 1 Rz. 62; vgl. Goslarer Quotierungsrahmen I.5, zfs 2010, 12ff

²) vgl. Goslarer Quotierungsrahmen I.1, zfs 2010, 12ff

mäßig sein, zunächst zu versuchen, auf der Skala der objektiven Umstände eine Festlegung zu treffen, die dann durch die weiteren subjektiven Umstände des Versicherungsnehmers/Fahrers, die zu der Verwirklichung der Tat geführt haben, fein abzustimmen sind.

Hinsichtlich der Frage, wann grundsätzlich grobe Fahrlässigkeit anzunehmen ist, kann auf die bisherige Rechtsprechung zum alten VVG zurückgegriffen werden. Für die „neue Frage“ der Schwere des Verschuldens gibt es bisher hingegen nur sehr wenige Entscheidungen. Darüber hinaus besteht die Problematik, dass es nicht zu allen denkbaren Fällen Entscheidungen gibt und andererseits zu bestehenden, ähnlich gelagerten Fällen unterschiedliche Gerichtsentscheidungen vorliegen. Da der Gesetzgeber keine abschließende Regelung darüber getroffen hat, wie die besondere Schwere der Schuld gemäß § 28 Abs. 2 VVG zu bemessen ist, bleibt es letztendlich den Gerichten überlassen, hierzu die entsprechenden Kriterien zu entwickeln. Insofern wird sich im Laufe der Zeit mit der zunehmenden Anzahl von gerichtlich entschiedenen Fällen ein klareres Bild hinsichtlich der möglichen Kürzungsquoten ergeben. Dann dürfte die Bestimmung einer annähernden Kürzungsquote vorab möglich sein.

D. Versuch eines Quotenkataloges

Die folgende Aufstellung ist ein Ergebnis der Durchsicht der aktuellen Literatur zu diesem Thema, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll die Möglichkeit geben, anhand einer übersichtlichen Zusammenstellung einen „schnellen Einstieg“ zu finden. Widersprüchlich dazu wird unten auf die Nudel-Liste und andere verwiesen.

Nach der Neufassung des VVG hatte sich bereits der 47. Deutsche Verkehrsgerichtstag in Goslar im Januar 2009³ mit diesem Thema

befasst und die Empfehlung verabschiedet, eine Tabelle von Musterquoten und Orientierungsrahmen für den Bereich der Kraftfahrt-Versicherung zu erstellen. Daraus ist der Goslarer Orientierungsrahmen entstanden. Die dortigen Anhaltspunkte sind hingegen nur skizziert und es werden lediglich grobe Kürzungsschritte von 25 %, 50 % und 75 % vorgeschlagen.⁴

Daneben gibt es inzwischen verschiedene Auflistungen, die in ähnlicher Form versuchen, eine Übersicht zu geben. Am ausführlichsten dürfte sich Rechtsanwalt Dr. Michael Nuge⁵ mit dem Thema befassen haben, der mit Abstand die konkretesten Vorschläge liefert. Er plädiert dafür, die Kürzungsschritte mit 10% zu verfeinern und liefert neben den bekannten Entscheidungen für sämtliche relevanten Bereiche dieses Themas Vorschläge.

Eine kurze Übersicht gibt es von Stomper im Kommentar Halm/Kreuter/Schwab⁶. Auch Stiefel/Maier⁷ geht auf die Kürzungsquoten ein, lässt diese aber in den Text einfließen.

Interessant ist der Hinweis von Schwintowski⁸; der mit Hinweis auf das Vorbild im Schweizer Recht, die Meinung vertritt, dass sich die meisten Kürzungsquoten im Bereich von 10 – 50 % bewegen sollen und nur in Fällen größten Verschuldens darüber anzusiedeln seien, d.h. nahe dem bedingten Vorsatz bei 80 % und erst bei direktem Vorsatz bei 100%.⁹

Der Einfachheit halber orientiert sich der Verfasser im Folgenden an diesen Vorschlägen. Soweit es konkrete Entscheidungen gibt, sind diese in der nachfolgenden Tabelle aufgenommen. Soweit es keine Entscheidungen gibt, richten sich die Quotenvorschläge nach den vorgenannten Werken und sind entsprechend kenntlich gemacht.

I. Obliegenheitsverletzungen vor dem Versicherungsfall

1. alkohohlbedingte Fahruntüchtigkeit

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Besondere Bemerkung
100 %	OLG Dresden	13.10.10	7 U 466/10	BAK 2,7 ‰, Abkommen von Fahrbahn
dazu	BGH	22.06.11	IV ZR 225/10	
100 %	LG Münster	24.09.10	15 O 275/09	BAK 1,67 ‰, Abkommen von Fahrbahn
100 %	LG Oldenburg	24.09.10	13 O 1964/10	BAK 1,5 ‰, Abkommen von Fahrbahn
100 %	LG Tübingen	26.04.10	4 O 326/10	BAK 1,29 ‰, Repräsentant fuhr ohne Grund gegen abgestelltes Fahrzeug
100 %	AG Bitterfeld-Wolfen	19.08.10	7 C 1001/09	BAK 1,18 ‰, ohne Grund gegen abgestelltes Fahrzeug gefahren
100 %	AG Bühl	17.05.09	7 C 88/09	BAK 1,89 ‰, Verursachung eines Unfalls
100 %	AG Berlin-Mitte	17.03.10	114 C 3271/09	BAK 2,13 ‰, ohne Grund gegen 2 abgestellte Fahrzeuge gefahren
100 %	Vorschlag Stiefel/Maier*			ab 1,1 ‰
95 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			ab 1,1 ‰
80 %	KG Berlin	28.09.10	6 U 87/10	BAK 1,05 ‰, unklarer Sachverhalt aber Hinweis des Gerichts, dass auch über 1,1 ‰ nicht zwingend 100% Kürzung angenommen werden muss
75 %	LG Bonn	31.07.09	10 O 115/09	Überlassung an alkoholisierten Fahrer, der Unfall verursacht
50-95 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			0,5 - 1,1 ‰ ohne nähere Differenzierung
50-80 %	Vorschlag Stiefel/Maier*			unter 1,1‰ ohne nähere Differenzierung
50 %	OLG Hamm	25.08.10	I-20 U 74/10	BAK 0,59 ‰, auf gerader Strasse gegen Laternenpfahl gefahren
25-50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			0,3 - 0,5 ‰ ohne nähere Differenzierung

3) Empfehlung Arbeitskreis II, 47. VGT 2009, Seite 6

4) Zfs 2010, 12ff

5) Nuge, Kürzungsquoten nach dem VVG, 2011

6) Halm/Kreuter/Schwab, AKB-Kommentar 2010, Rz 1294

7) Stiefel/Maier, Kraftfahrtversicherung 18. Auflage 2010

8) Schwintowski/Brömmelmeyer, Praxiskommentar zum VVG, 2. Auflage 2011, § 28 Rz. 60

9) Schwintowski/Brömmelmeyer, Praxiskommentar zum VVG, 2. Auflage 2011, § 28 Rz. 78

2. drogenbedingte Fahruntüchtigkeit

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
100 %	Vorschlag Nudel***	schwere Drogenabhängigkeit mit Vorverurteilung
80-100 %	Vorschlag Nudel***	deutlich erkennb. Ausfallersch. bei bekannter Droge
50-95 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	ohne nähere Differenzierung
50-80 %	Vorschlag Nudel***	„Modedroge“ ohne hohen Bekanntheitsgrad bei moderaten Ausfallerscheinungen
30 - 60 %	Vorschlag Nudel***	geringe Dosis und kaum spürbare Ausfallerscheinungen

3. medikamentenbedingte Fahruntüchtigkeit

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
70-100 %	Vorschlag Nudel***	Fahren geg. Ärztl. Rat mit erheblichen Ausfallerscheinungen
60-80 %	Vorschlag Nudel***	bekannte Auswirkungen und deutliche Ausfallerscheinungen /Zusammenspiel mit Alkohol
40-60 %	Vorschlag Nudel***	Beipackzettel missachtet, keinen ärztlichen Rat eingeholt und spürbare Ausfallerscheinungen oder alkoholähnliche Wirkung
20-40 %	Vorschlag Nudel***	kein entgegenstehender ärztlicher Rat, geringer Bekanntheitsgrad und Beipackzettel missachtet
25-30 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	ohne weitere Differenzierung

3a. Drogen- und medikamentenbedingte Fahruntüchtigkeit

50-95 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	Alkohol/ Medikamente gemischt
---------	---------------------------------	-------------------------------

4. Fahren ohne Fahrerlaubnis

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
60-80 %	Vorschlag Nudel***	Fahrt zum Abholen des (entzogenen) Führerscheins
30-60 %	Vorschlag Nudel***	Irrtum über Fahrzeugklasse und den erforderlichen Führerschein oder Rechtskraft des Urteils
20-50 %	Vorschlag Nudel***	Irrtum über öffentlichen Platz oder Strasse

5. Überlassen des Fahrzeugs an Nichtführerscheinbesitzer

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
70-100 %	Vorschlag Nudel***	bewußt fahrlässiges Überlassen an Dritten bei verdächtigen Umständen oder Lkw-Überlassung im Gewerbebetrieb bei Kenntnis von Vorentziehung
60-80 %	Vorschlag Nudel***	bewußt fahrlässiges Überlassen an Dritten
50 %	Vorschlag Nudel***	Überlassung von LKW im gewerblichen Bereich an unbekanntem Fahrer ohne Verdachtsmomente
20-50 %	Vorschlag Nudel***	Überlassung an unbekanntem Fahrer ohne Verdachtsmomente

6. Verstoß gegen Verwendungsklausel

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
60-80 %	Vorschlag Nudel***	hohe Prämien diff. u. lang anhaltender Verstoß mit Vorsatznähe
50 %	Vorschlag Nudel***	erhöhte Prämien diff. mit gelegentlichen Verstößen trotz gut erkennbarer unterschiedlicher Verwendungszwecke
20-40 %	Vorschlag Nudel***	eher geringe Prämien differenz bzw. einmaliger Verstoß bei schwer abgrenzbaren Verwendungszwecken

7. Schwarzfahrerklause

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
50-80 %	Vorschlag Nudel***	dauerhafter Verstoß gegen den ohne weiteres erkennbaren Willen bzw. bei bewußten Zweifeln (Vorsatznähe)
30-50 %	Vorschlag Nudel***	eigenmächtige kurzfristige Fortsetzung der Fahrt gegen den ohne weiteres erkennbaren und naheliegenden Willen
20-30 %	Vorschlag Nudel***	kurzfr. Fahrt geg. bzw. ohne den Willen mit entschuld. Umständen

II. Obliegenheitsverletzungen nach dem Versicherungsfall

1. Verletzung der Aufklärungspflicht

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Besondere Bemerkung
100 %	LG Düsseldorf	18.06.10	20 S 7/10	arglistiges Entfernen vom Unfallort, obwohl der Unfall bemerkt wurde
100 %	LG Saarbrücken	01.10.10	13 S 75/01	arglistiges Entfernen vom Unfallort, obwohl der Unfall bemerkt wurde und Fahrer erkannte das; dadurch Schadenregulierung ggf. beeinflusst
100 %	LG Ellwangen	20.08.10	4 O 69/10	arglist. Entfernen bei erheb. Eigenschad. und späteren Schicken des Bruders als vermeintlichen Fahrer unerl. Entfernen mit Vorsatznähe bei bes. schwer aufzuklär. Fahrmanöver bzw. Verdacht auf Trunkh. o. bes. hoher Schaden
70 -100 %	Vorschlag Nudel***			unerlaubtes Entfernen ohne herausragende Besonderh. und überschaubarer Beeinträchtigung des Feststellungsinteresses.
50-70 %	Vorschlag Nudel***			unerlaubtes Entfernen bei eher fernliegender Gefährdung und Grenzfall zu einem einfach fahrlässigen Verhalten
20-50 %	Vorschlag Nudel***			

2. Verletzung der Aufklärungspflicht durch Falschangaben

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Besondere Bemerkung
100 %	LG Paderborn	25.08.10	4 O 96/10	beharrliche Nichtbeantwortung der Frage nach dem Alkoholkonsum des Unfallfahrers durch den Versicherungsnehmer
100 %	KG Berlin	20.02.76	6 U 66/10	unerlaubtes Entfernen vom Unfallort und Falschangabe bezüglich des Fahrers
20 %	LG Nürnberg-Fürth	04.08.10	8 O 744/10	bei 5 Jahre altem Pkw Vorschaden nur mit gut 10 % des tatsächlichen Schadens angegeben
0 %	KG Berlin	09.11.10	6 U 103/10	falsche Angabe der Laufleistung war weder für die Feststellung des Versicherungsfalls noch den Umfang der Leistungspflicht kausal

3. Schadensminderungspflicht

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Besondere Bemerkung
100 %	AG Lichtenfels	22.07.10	1 C 115/10	Keine Weisung des Vers. eingeholt, trotz ausdr. Hinweis wodurch Schaden von 290 € entstand
50-80 %	Vorschlag Nugel***			hoher Schaden bei dubiosem Unfallhergang unter Abgrenzung von Vorschäden
30-50 %	Vorschlag Nugel***			mittlerer Schaden, ggf. auch bei einem abzugrenz. Vorschaden
20-30 %	Vorschlag Nugel***			geringer Schaden und VN ist dringend auf das Fahrzeug angewiesen

4. Anzeigepflicht

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
50-70 %	Vorschlag Nugel***	Abwarten von über einem Jahr, hoher Schaden und bereits angekündigter Anspruch des Geschädigten
30-50 %	Vorschlag Nugel***	Abwarten mehrere Monate bei moderatem Schaden
20-30 %	Vorschlag Nugel***	um wenige Monate verzögerte Anzeige ohne angekündigte Fremdansprüche bei polizeilicher Unfallaufnahme

III. Grob fahrlässiges Herbeiführen des Versicherungsfalls

1. Rotlichtverstoß

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Besondere Bemerkung
80-100 %	Vorschlag Nugel***			mehr. Sek. rote Ampel plus Vorsatznähe und hoh. Geschw.
60-80 %	Vorschlag Nugel***			mehr. Sek. rote Ampel bzw. Einfahrt bei Blendung
50-70 %	Vorschlag Nugel***			mehr. Sek. rote Ampel bzw. Einfahrt bei Blendung bei verzeihlicher Ablenkung oder Augenblicksversagen
50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			ohne nähere Differenzierung
50 %	LG Münster	20.08.09	15 O 141/09	Rotlicht und Einfahrt bei Blendung
50 %	LG Essen	05.02.10	135 C 209/09	übersichtliche und gut einsehbare Kreuzung, Losfahren bei Rotlicht aufgr. Mitzieheffekts
50 %	AG Duisburg	24.02.10	50 C 2567/09	Einfahrt bei Rotlicht ohne bes. Umstände
40 %	Vorschlag Nugel***			Einfahrt bei Rotlicht ohne besondere Umstände bei verzeihl. Ablenkung oder Augenblicksversagen
30-50 %	Vorschlag Nugel***			Rotlichtverstoß bei Mitzieheffekt bzw. verwirr. Ampelanl.
20-40 %	Vorschlag Nugel***			Rotlichtverstoß bei Mitzieheffekt bzw. verwirr. Ampelanl. bei verzeihl. Ablenkung oder Augenblicksversagens

2. Überfahren eines Stoppschilds

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
50-80 %	Vorschlag Nugel***	Einfahrt mit überhöhter Geschwindigkeit, trotz guter Erkennbarkeit und Warnhinweis
30-50 %	Vorschlag Stiefel/Maier*	ohne nähere Differenzierung
30-50 %	Vorschlag Nugel***	gut erkennbares Stoppschild mit Warnhinweis
20-40 %	Vorschlag Nugel***	gut erkennbares Stoppschild mit Warnhinweis mit besonderer Ablenkungssituation
20-30 %	Vorschlag Nugel***	Schwelle zur groben Fahrlässigk., d.h. kein bes. Hinweis
25 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	ohne nähere Differenzierung

3. Missachtung der Durchfahrtshöhe

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Besondere Bemerkung
50-70 %	Vorschlag Nugel***			eigenes vertrautes Fahrzeug und deutliche Warnhinweise
30-50 %	Vorschlag Nugel***			eigenes vertrautes Fzg. aber eher verhaltene Warnhinweise
50 %	LG Konstanz	26.11.09	3 O 119/09	angemietetes 2,9 m hohes Fahrzeug, bei Einfahrt in 2,4 m mit Warnschild und Warnballons
30-50 %	Vorschlag Nugel***			fremdes Fahrzeug und deutliche Warnhinweise
40-60 %	Vorschlag Stiefel/Maier*			ohne nähere Differenzierung
33,3 %	LG Göttingen	18.11.09	5 O 118/09	angemietetes 3,7 m hohes Fahrzeug, bei Einfahrt in 2,7 m mit Warnschild
20-30 %	Vorschlag Nugel***			fremdes Fahrzeug und keine deutlichen Warnhinweise
10-20 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			ohne nähere Differenzierung

4. Ablenkung durch Benutzung von Gegenständen

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Besondere Bemerkung
80-100 %	Vorschlag Nugel***			längere Ablenk. in bes. Gefahrsit. mit hoher Geschwindigkeit.
75 %	LG Naumburg	03.12.09	4 U 133/08	Lkw mit Gefahrgut kommt von eisglatter Strasse ab nach Anzünden einer Zigarette und Hinweis im Display auf durchdrehende Räder
50-80 %	Vorschlag Nugel***			längere Ablenk. bzw. bes. Gefahrsit. oder hohe Geschwindigkeit, insbes. Rauchen ohne Sicherungsvorkehrung oder Telefonat mit Handy
> 50 %	Vorschlag Stiefel/Maier*			wenn Kenntnis von bes. erschwerenden Umständen
50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			durch Greifen o. Bücken nach Gegenst.
30-50 %	Vorschlag Nugel***			kurzfristige Ablenk. mit Augenblicksvers. ohne besondere Gefahrsituation
25-50 %	Vorschlag Nugel***			durch Rauchen, Autoradio, Navi oder Handy
20-50 %	Vorschlag Stiefel/Maier*			ohne nähere Differenzierung

5. falsches Überholen

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
70-100 %	Vorschlag Nugel***	rücksichtsloses Überholen (§ 315 c StGB) m. Fremdschad. bei besonders widrigen Witterungsverhältnissen
60-80 %	Vorschlag Nugel***	Überholen verwirklicht § 315 C StGB
um 75 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	wenn Straftatbestand verwirklicht § 315 Abs. 1 Nr. 2 b StGB
50-70 %	Vorschlag Nugel***	Überholen bei besonders schlechten Witterungsverhältnissen bzw. Sichtverhältnissen
50 %	Vorschlag Nugel***	Überholen ohne bes. be- oder entlast. Umst. (erhebliche OWi)
um 50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	wenn Bußgeldtatbestand erfüllt
20-50 %	Vorschlag Nugel***	Überholen als Augenblicksversagen bei verzeihl. Fehleinschätzung (kein Straftatbestand)
40-60 %	Vorschlag Stiefel/Maier*	ohne nähere Differenzierung

6. erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitung

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
100 %	Vorschlag Nugel***	§ 315 c StGB mit Überschreit. 61 km/h inner- bzw. 71 km/h außerorts
> 80 %	Vorschlag Stiefel/Maier*	besonders rücksichtsloses Verhalten o.ä.
70-100 %	Vorschlag Nugel***	§ 315 c StGB verwirklicht
60-80 %	Vorschlag Nugel***	Überschreit. 61 km/h inner- bzw. 71 km/h außerorts (3 Monate Fahrverbot)
< 80 %	Vorschlag Stiefel/Maier*	ohne nähere Differenzierung
50-70 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	wenn Straftatbestand verwirklicht § 315c Abs. 1 Nr. 2d StGB
50 - 70 %	Vorschlag Nugel***	Überschreit. 31 km/h inner- bzw. 41 km/h außerorts bei widrigen Rahmenbedingungen
um 50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	wenn Bußgeldtatbestand erfüllt
50 %	Vorschlag Nugel***	erhebl. Geschw.überschr. ohne Fahrverbot mit widr. Rahmenbedg.
20 - 40 %	Vorschlag Nugel***	erhebl. Geschw.überschr. ohne Fahrverbot im Grenzbereich zur einf. Fahrlässigkeit bzw. bei verzeichlicher Notlage

7. Übermüdung und Einschlafen am Steuer

Quote	Gericht	Besondere Bemerkung
1100 %	Vorschlag Nugel***	§ 315 c StGB und Ausnahmefall
70 - 80 %	Vorschlag Nugel***	§ 315 c StGB ohne Ausnahmefall
75 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**	abhängig von der Erkennbarkeit der Übermüdungsanzeichen
50 - 70 %	Vorschlag Nugel***	unterh. der Schwelle zur Strafbark. aber bew. Fahrlässigkeit
um 50 %	Vorschlag Stiefel/Maier*	ohne nähere Differenzierung
30 - 50 %	Vorschlag Nugel***	kein Straftatb. und bes. entlastende subjektive Umstände

8. sonstiges erhebliches Fehlverhalten

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Besondere Bemerkung
60-80 %	Vorschlag Nugel***			Wenden auf Autobahn
50-80 %	Vorschlag Nugel***			Auffahren auf gut erkennbares Hindernis
50-80 %	Vorschlag Nugel***			Fahrt als Geisterfahrer
um 50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			Missachtung des Andreaskreuzes
um 50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			Auffahrunfall infolge grober Unaufmerksamkeit
40-70 %	Vorschlag Nugel***			Benutzung von Sommerreifen im Winter bei Schnee
40-70 %	Vorschlag Nugel***			Liegenbleiben wegen Benzinmangels
50 %	AG. St. Georg	28.10.09	916 C 359/09	Abkommen von Strasse bei schlechten Witterungsbedingungen
30-60 %	Vorschlag Nugel***			Hineinfahren in überfluteten Bereich der Strasse
30-60 %	Vorschlag Nugel***			Fahren mit abgefahrenen Reifen
30-60 %	Vorschlag Stiefel/Maier*			Fahren mit abgefahrenen Reifen
30-40 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			Inbrandsetzung des Fahrzeugs
25 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**			grundloses Abkommen von Fahrbahn
20-50 %	Vorschlag Nugel***			Abstellen ohne Handbremse auf abschüssiger Strasse

10-25 % Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**
20-50 % Vorschlag Nugel***
5-25 % Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**
0 % LG Hamburg 02.07.10 331 S 137/09

9. Diebstahl des Fahrzeugs

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen
100 %	LG Kleve	13.01.11	6 S 79/10
50-80 %	Vorschlag Nugel***		
50-80 %	Vorschlag Nugel***		
50-80 %	Vorschlag Nugel***		
60-80 %	Vorschlag Nugel***		
75 %	Vorschlag Stiefel/Maier*		
50-75 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**		
40-70 %	Vorschlag Nugel***		
40-70 %	Vorschlag Nugel***		
bis 50 %	Vorschlag Stiefel/Maier*		
40- 0 %	Vorschlag Nugel***		
30 - 60 %	Vorschlag Nugel***		
um 50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**		
30-50 %	Vorschlag Nugel***		
25-50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**		
30 - 50 %	Vorschlag Nugel***		
20 - 40 %	Vorschlag Nugel***		

Unterlassene Sicherung bei Gefälle
Hindernissbereiten nach Panne ohne Absicherung
Ausweichen vor Tier
Abkommen von Str. bei winterl. Witterg. mit Sommerreifen nach altem Recht
Kausalitätsnachweis der Sommerreifen als Unfallursache fehlt

Besondere Bemerkung

Fahrzeugschl. nach Abstellen des Fzg. auf hauseig. Parkplatz verloren und keine Maßnahmen ergriff.
Fahrzeug mit laufendem Motor abgestellt
Steckenlassen des Fahrzeugschlüssels
Übergabe an Unbekannten ohne Sicherungsmaßnahmen
Fzg.schlüssel wird verwendet u. Vers.neh. unterläßt jegliche Sicherungsmaßnahme
Schlüssel steckt im Zündschloss
mangelnde Sicherung des Fahrzeugs gegen Diebstahl, ohne nähere Differenzierung
Fahrzeug ohne Sicherung abgestellt
Cabrio offen abgestellt
bei fehlender Fahrzeugsicherung
Fzg.schlüssel wird verwendet u. Vers.neh. trifft untaugliche Sicherungsmaßnahme
Anhänger ohne Sicherung abgestellt
Untätigkeit des VN nach Verlust/Diebstahl von Kfz-Schlüssel
Schlüssel wird an einem exponierten Ort ohne ausreichende Kontrolle verwahrt
pflichtwidrige Beaufsichtigung oder Verwahrung von Kfz-Schlüssel
Schlüssel wird verdeckt im Fahrzeug zurückgelassen
Schlüssel wird an einem exponierten Ort ohne ausreichende Kontrolle verwahrt, Fahrzeug aber weit entfernt

IV. Gefahrerhöhung

Quote	Gericht	Datum	Aktenzeichen
50-70 %	Vorschlag Nugel***		
50 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**		
40-60 %	Vorschlag Nugel***		
40-60 %	Vorschlag Nugel***		
10-25 %	Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**		
30-50 %	Vorschlag Nugel***		
0 %	OLG Oldenburg	23.06.10	5 U 153/09
0 %	OLG Bremen	20.09.10	3 U 77/09

Vorschlag Stiefel/Maier*
Vorschlag Halm/Kreuter/Schwab**
Vorschlag Nugel***

Besondere Bemerkung

mangelhafte Bremsen
Zurücklassen von Kfz-Papieren im Fahrzeug (Siehe aber OLG Olg. und Bremen)
Zulassungsbescheinigung im Fzg. Aufbewahrt (Siehe aber OLG Olg. und Bremen)
unzureichende Profiltiefe der Reifen
Mängel an Reifen ohne Differenzierung
regelm. Beladung über das zul. Gewicht hinaus
dauernde Aufbewahrung des Kfz-Scheins im Fahrzeug stellt keine Gefahrerhöhung dar
dauernde Aufbewahrung des Kfz-Scheins im Fahrzeug stellt keine Gefahrerhöhung dar

Kraftfahrzeugversicherung 18. Auflage 2010
AKB-Kommentar 2010, Stomper
Kürzungsquoten nach dem VVG, 2011